

---

**8058/J XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 24.03.2011**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ANFRAGE**

des Abgeordneten Mag. Roman Haider  
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Gesundheit  
betreffend den Finanzierungsbeitrag zur staatlichen AGES

*"Der Bund plant, zur Finanzierung der staatlichen Agentur für Gesundheit und  
Lebensmittelsicherheit (AGES) per Gesetz einen Gesundheits- und  
Ernährungssicherheitsbeitrag einzuführen. Im Wesentlichen soll dieser von  
Lebensmittel produzierenden Betrieben, dem Handel und der Gastronomie entrichtet  
werden. In Wien betrifft dies über 7000 Betriebe," so die WKO Wien in einer  
Mitteilung vom 11.01.2011*

*"Die Hauptaufgabe der AGES sind Lebensmitteluntersuchungen, die als Teil der  
Lebensmittelsicherheit im allgemeinen öffentlichen Interesse liegen und deshalb  
auch durch die Öffentlichkeit finanziert werden sollen. Es ist nicht einzusehen, warum  
private Betriebe diese Ausgaben für die öffentliche Hand übernehmen müssen. Die  
Unternehmen tragen bereits jetzt massiv zum Steueraufkommen bei und dürfen  
daher für staatliche Leistungen nicht nochmals belangt werden," so der Fachverband  
der chemischen Industrie.*

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für  
Gesundheit folgende

### **Anfrage**

1. Wie rechtfertigen Sie die zusätzliche finanzielle Belastung, die im Zuge des  
Ernährungssicherheitsbeitrages vor allem kleinere und mittlere Händler  
besonders treffen wird?

2. Wie beurteilen Sie die Überwälzung der Kosten der mit rein hoheitlichen Aufgaben betrauten Lebensmittelkontrollstelle AGES auf die Betriebe?
3. Wann und in welcher Höhe wird die Gebühr für die Lebensmittelkontrollstelle AGES eingehoben werden?
4. Wie beurteilen Sie den erhöhten Verwaltungsaufwand bei den betroffenen Betrieben?